

109

Der Zentralverbandstag der österreichischen Konsumvereine.

Gestern hat der vierzehnte Zentralverbandstag der Konsumvereine seine Tagung begonnen. Die Konsumvereine haben ihre Tätigkeit im Kriege nach jeder Richtung hin gesteigert und vertieft. Viele neue und große Aufgaben mußten sie erledigen und viele neue Probleme mußten gelöst werden. Um so dringender ist es für die Vertrauensmänner der Bewegung, öfter zusammenzukommen und Erfahrungen zu tauschen und ihre neuen Aufgaben klarzustellen. Durch den Krieg hat jede proletarische Bewegung Neuland gewonnen, das noch nicht oder mangelhaft theoretisch und praktisch bebaut ist, um so dringender ist Klarheit und Erkenntnis. Der Zentralverbandstag tagt diesmal in den Räumen der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer. Als Vertreter des Generalkommissariats für die Ubergangswirtschaft war Hofrat Schmidland erschienen, in Vertretung des Volksernährungsamtes Sektionsrat Gfettner und für die Statthalterei Statthalterrat Egenberg. Der Verband der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften hatte kaiserlichen Rat Maresch und Dr. Maresch entsendet, die Handels- und Gewerbekammer Professor Dr. Brabec und die Kriegskommission Gräfin Walterskirchen. Für die sozialdemokratische Partei war Genosse Skaret, für die Fraktion Genosse Seis, für die Gewerkschaftskommission Genosse Domes und für das Frauenreichscomité Genossin Popp erschienen.

Genosse Renner als Obmann des Zentralverbandes eröffnet die Tagung, deren Aufgabe es ist, die Kriegserfahrungen zu sammeln und zu sichten und die Wege für die Ubergangswirtschaft, die für die genossenschaftlichen Organisationen große und neue Schwierigkeiten bringen wird, zu suchen. Wir können konstatieren, daß die genossenschaftliche Bewegung im Kriege in allen Ländern ihre Pflicht getan hat, daß sie es unter den schwierigsten und neuen Verhältnissen der Kriegswirtschaft doch immer wieder zu ermöglichen sucht, jedem seinen Teil Brot und seine Ernährung zu sichern. Die bürgerliche Gesellschaft ist aufgebaut auf dem Grundfah der freien Konkurrenz und des gegenseitigen Kampfes. Auch der Krieg ist ja im letzten Grunde nichts anderes als die Konkurrenz der Völker, ausgekämpft mit anderen Waffen. Ein altes Wort, das unsere Väter und uns gelehrt haben, sagt: Die Genossenschaft, das ist der Friede! Noch waren die genossenschaftlichen Organisationen der Welt zu schwach, noch waren wir nicht in der Lage, dem Konkurrenzkampf der bürgerlichen Welt allüberall und auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens eine neue Gesellschaft entgegenzustellen, die nicht aufgebaut ist auf der Konkurrenz, sondern aufgebaut ist auf der gemeinschaftlichen Arbeit, der gemeinschaftlichen Organisation der Warenerzeugung und der Warenverteilung. Noch konnte die Genossenschaft nicht der Friede sein, aber sie soll es werden und dazu sollen auch unsere Beratungen dienen, denn jede Stärkung der genossenschaftlichen Organisation muß eine Stärkung sein im Kampfe gegen die Konkurrenz auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. In diesem Sinne sei der Verbandstag eröffnet.

Genosse Wilhelm erstattet hierauf den Verbandsbericht. Die Genossenschaftsbewegung hat in allen Staaten einen allgemeinen Fortschritt zu verzeichnen und die Befürchtungen, daß die Genossenschaftsbewegung im Kriege zusammenbrechen könnte, haben sich nirgends verwirklicht. Wir waren stärker, als wir selbst geglaubt haben. Die unserem Verband angeschlossenen Konsumvereine haben ihren Umsatz im letzten Jahre von 101 Millionen Kronen auf 120 Millionen Kronen gesteigert. Es zeigt aber die Verschiedenheit unserer Arbeit und der Arbeit der Privatkapitalisten nichts besser in ihren Zielen und Wirkungen auf, als die Tatsache, daß dieser steigende Umsatz nicht gefolgt wurde von einem steigenden, sondern von einem sinkenden Reingewinn. Während alle privaten Händler Hunderte und Tausende Kronen verdienen, wie mehr als im Frieden, haben die Konsumvereine ihre

Reingewinn nicht erhöht, es ist trotz des steigenden Umsatzes eine Verminderung des Reingewinnes um 3 Prozent eingetreten. Wir haben unsere Mitglieder, soweit als es unsere wirtschaftliche Kraft erlaubt hat, vor dem Preiswucher bewahrt. Unsere Arbeit hat zugenommen, denn in Wien allein versorgen wir heute um 300.000 Menschen mehr als im Frieden und diese neue Organisation mußte im Handumdrehen geschaffen werden. Während die Gemeinde Wien noch immer nicht zur Organisation der Rationierung aller Lebensmittel gekommen ist, haben wir unsere Organisation in wenigen Tagen vollendet. Redner bespricht dann die Neugründung von Beamtenkonsumvereinen, die zwar erfreulich sind, weil sie zeigen, daß auch diese Schichten Interesse an der Organisation des Warenmarktes gewinnen, die aber doch nur eine Zerspaltung der organisierten Verbraucher darstellen. Die Unternehmer bemühen sich heute, den Warenmarkt der Arbeiterschaft selbst zu versorgen und versuchen es, Lebensmittelmagazine und Werkskonsumvereine zu gründen. Er verliest ein Schreiben der Böhler-Werke, wo diese andere Unternehmen auffordern, die Kapitalien der Großkaufmannschaft der gelben Konsumvereine zu vermehren und für den Zweck drei Millionen Kronen aufzubringen, damit die Arbeiterschaft nicht durch die Konsumvereine der sozialdemokratischen Agitation preisgegeben werde. Ein Beweis dessen, daß die Unternehmer alles daran setzen, um die Arbeiterschaft immer abhängiger zu machen, damit sie willenlos der Unternehmerrmacht ausgeliefert werde.

Genosse Kunze erstattet hierauf den Bericht des Versicherungsausschusses, Genosse Jenik der Verbandskontrolle, Genosse Gregor für die Mandatsprüfungskommission und Genosse Wuchitsch für das Comité zur Einigung der vier Wiener Konsumvereine. Er begrüßt es, daß nun der Wille zur Vereinigung vorhanden ist, daß alle Vereinstellungen ihre prinzipielle Zustimmung für die Vereinigung gegeben haben und daß der Wille auch den Weg zu finden bestrebt ist, der zur vollständigen Vereinigung führen kann. Er beantragt, daß der Verbandstag dem Comité neuerlich Vollmachten für das nächste Jahr erteilen möge. Wird einstimmig angenommen. Genossin Freunlich begründet hierauf die Friedensresolution, die auf dem niederösterreichischen Bezirksverbandstag angenommen wurde und die vor allem die Einberufung eines internationalen Kongresses fordert. Auch diese Resolution wird einstimmig angenommen.

In der Nachmittagsitzung erstattet Genosse Renner das Referat über die Kriegs- und Ubergangswirtschaft. Im normalen Leben regelt alle Beziehungen der Menschen und der Waren der Preis. Er bestimmt die Lohnverhältnisse, er regelt Absatz und Bedarf, er ist der Bewegende aller Dinge. Im Kriege verändern sich die Grundlagen der Wirtschaft und verändern sich auch die Aufgaben des Staates. Aus dem Herrschenden, der über alle regiert und richtet, soll der Fürsorger werden, der für alle sorgt und der allen hilft. Der Staat muß vor allem die konkurrenzmäßige Wirtschaft durch die Gemeinwirtschaft ersetzen. Das kann er nicht durch die Freiwilligkeit allein, das kann er nur durch den Zwang. Kriegswirtschaftliche Maßnahmen können nur als Zwangsmaßnahmen durchzuführen. Trotzdem ist es möglich, auch hier den Zwang mit der Freiheit zu paaren. So paradox es klingen mag, es gibt auch im Zwang Freiheit. Unsere Gemeinden beschäufeln nun die Rationierung. Sie verstehen es nicht anders, als indem sie die Stadt in Felder und Sprengel teilen und den Bewohnern eines jeden Sprengels, ganz gleich, ob es für die Bewohner wirtschaftlich möglich ist, befehligt bei einem bestimmten Kaufmann einzukaufen. Sie bestimmen, wer den Reingewinn haben soll und machen aus dem Greisler eine Behörde. Ganz anders ist es bei der Organisation. Das Mitglied des Konsumvereines kauft nicht bei einem ihm vorgesetzten Greisler, sondern kauft bei seinem von ihm selbstgewählten Geschäftsleiter, seinem von ihm bestellten Angestellten und nimmt zuletzt den ihm gebührenden Reingewinn in eigene Verwaltung. Das ist das System der freien Selbsthilfe gegenüber dem System der zwangsweisen Bewirtschaftung der Behörden. Der Kampf der Genossenschaften mußte deshalb vom Anfang an dahin gehen, daß ihre freie Selbsthilfeorganisation gleichgestellt und gleichberechtigt neben der zwangsweisen Organisation der Behörden und der Gemeinden. Auch hier mußten wir den Klassenkampf führen um die Gleichberechtigung der Arbeiterschaft, auch hier mußten wir verlangen und haben es vielfach erreicht, daß die Arbeiterschaft nicht minderen Rechtes wird. Trotzdem ist es unbegreiflich, daß die Gemeinden und viele Behörden noch immer nicht einsehen wollen, daß sie die Arbeiterschaft nur befriedigen können, wenn sie ihr das Recht der Selbstversorgung durch ihre freigewählten Organisationen verschaffen. Der Redner erörtert den Widerstand der Unternehmer gegen die Lebensmittelverbände, die Hindernisse der Gemeindeverwaltungen, die diese jeder gerechten Verteilung entgegenstellen und kommt auf das kommende Ernährungsregime im Herbst zu sprechen. Er erklärt, daß, wenn auch diesmal namentlich bei dem Getreideregime erst die zwangsweise Requisition im letzten Augenblicke die Getreidemengen aufbringt und dem Selbstversorger nicht, sofort die Ernte abgenommen wird wie sie geerntet ist, dann müssen wir jede Mitarbeit im Ernährungsdienst ablehnen und dem Staat, den Gemeinden und der Bürokratie die Verantwortung allein überlassen. (Lebhafter Beifall.) Es muß mit aller Entschiedenheit erklärt werden, daß wir kein Vertrauen dazu haben, wenn wir Geschäftsleute plötzlich als Behörden funktionieren sehen und der Fabrikant und das Kartell zur Zentralstelle und der Klein Kaufmann zum staatlichen Bewirtschafteter wird. Unter dem Schlagwort, der freie Handel könne alles besser machen als die staatliche Bewirtschaftung, wird heute gegen jede Organisation Sturm gelaufen. Wenn man die Aufhebung des Getreidemonopols erreichen würde, dann hätten gewiß die vermögenden Leute weiße Semmel und alles Gute, aber aus den Häusern der Arbeiter würde das letzte Körnchen Mehl verschwinden. Nicht freier Handel, sondern Förderung der Selbsthilfeorganisationen der Arbeiterschaft, das muß das Lösungswort werden. Die Organisation des Volkes muß neben die Organisation des Staates treten und beide müssen als gemischtes Gespann den Wagen des Ernährungsdienstes und der Ubergangswirtschaft ziehen. Wären unsere landwirtschaftlichen Genossenschaften nicht durch die Preisverhütung unfähig geworden, als gemeinwirtschaftliche Organisation zu wirken, wie es heute in Rußland der Fall ist, dann hätten wir vereint den Ernährungsdienst leicht und gut organisieren können. Aber heute sieht der Landwirt in seiner Organisation kein Moment der Gemeinwirtschaft, sondern nur ein Instrument der Preisverhöhung und deshalb müssen wir protestieren, daß in den Preisprüfungskommissionen der agrarische Einfluß so außerordentlich überwiegt. Redner erörtert nun das Verjagen der Gemeinden und des Landesauschusses und kommt auf die allgemeine Gefährdung zu sprechen, die nun eingerissen ist. Die Arbeiterschaft wird es ablehnen, wenn

sie allein die Gefährdung wahren soll. Kann der Staat nicht jedem zur Einhaltung der Gesetze zwingen, dann muß die Arbeiterschaft selbst der allgemeinen Anarchie verfallen und dafür stehen wir die Verantwortung ab. Der Redner bespricht nun die Einrichtung der Wirtschaftsämter und schildert die großen Schwierigkeiten der Ubergangswirtschaft. Nach Kriegschluß steht die Frage so: Sollen wir zuerst Rohstoffe einführen, damit die Arbeiter Arbeit, oder sollen wir zuerst Nahrungsmittel einführen, damit sie Brot haben? Deshalb ist unsere Mitarbeit auch dabei notwendig, damit der Unternehmer nicht allein entscheide. Auch hier müssen wir verhindern, daß wieder die Freiheit der Besitzenden proklamiert werde. Auch die Ubergangswirtschaft muß die gemeinwirtschaftliche Arbeit der Selbsthilfeorganisationen fördern. (Lebhafter Beifall.) Der Redner legt folgende Resolution vor:

- Die Schwierigkeiten und Verantwortlichkeit des öffentlichen Ernährungsdienstes steigern sich in der letzten Phase des Krieges außerordentlich. Einerseits wirkt jeder Fehlgang der Verordnungsverwaltung und der Durchführung verhängnisvoll, andererseits aber droht die wachsende Gefährdung der Privatinteressenten, die sich über alle Anordnungen hinwegsetzt, die Tatkräftigkeit und die Wirkungsmöglichkeit des Ernährungsdienstes zu lähmen. Der Verbandstag fordert daher:
1. Unmittelbar vor dem Ubergang in das neue Ernährungsregime hat das Volksernährungsamt sicherzustellen:
 - a) die strengste Ordnung des neuen Getreidewirtschafts; die Ausschaltung aller Vorrechte der Selbstversorger; die volle Ueberführung des Erzeugnisses in die staatliche Bewirtschaftung sowie die rasche und gleichmäßige Verteilung der Vorräte, zugleich aber die Durchbringung des zu sehr bürokratisierten Dienstes mit dem Geiste der Wirtschaftlichkeit, wozu die unmittelbare Mitverwaltung berufener Vertreter der Produktion und des Konsums beizutragen in stande wären;
 - b) die Abwehr aller Versuche, die Preise der wichtigsten und bald einzigen Nahrungsmittel der breiten Massen zu erhöhen;
 - c) die Abwehr aller Bestrebungen, die Volksernährung wieder der privaten Spekulation und dem kapitalistischen Erwerbstrieb auszuliefern;
 - d) die tatkräftige Durchsetzung aller wohlverwogenen Maßnahmen, welche die Ausbringung und Verteilung der Warenvorräte zum Inhalt haben, und einflußlos von den oft mutwilligen Klagen interessierter Kreise.

II. Zur wirksamen Ausgestaltung unseres öffentlichen Ernährungsdienstes fordert der Verbandstag:

- a) die endliche Ausgestaltung des Amtes für Volksernährung zu einem dauernden Ministerium mit voller und freier Verfügungsgewalt;
- b) die Vermehrung der Machtvollkommenheiten der Ernährungsinspektoren und die Heranziehung von Vertretern der Arbeiterkonsumentenorganisation zum Inspektionsdienst;
- c) die endliche Einführung und wirksame Ausgestaltung der Orts-, Bezirks- und Landwirtschaftsämter;
- d) eine vermehrte Vertretung der Konsumenteninteressen in allen Ernährungs- und Wirtschaftsämtern sowie in den Preisprüfungsstellen.

III. Die wachsenden Schwierigkeiten, in die die Lebensmittelverbände der Kriegsindustrien geraten, erfordern sofortige Beistellung genügend geschulten Personals durch die Militärverwaltung, die Beseitigung noch immer fühlbarer bürokratischer Widerstände sowie die Ueberwindung der passiven Resistenz vereinzelter Großbetriebe, die jeder einseitigen Regelung entgegenarbeiten. Die Arbeiterkonsumentenorganisation erklärt ihre weitere Mitarbeit an den Lebensmittelverbänden von der Ueberwindung dieser Schwierigkeiten und von der Einhaltung einer loyalen Parität abhängig.

IV. Der Verbandstag begrüßt die Schaffung des Generalkommissariats für Kriegs- und Ubergangswirtschaft und ermächtigt den Vorstand des Zentralverbandes, an dessen Aufgaben durch entsendete Vertrauensmänner unserer Bewegung mitzuarbeiten. Der Verbandstag fordert jedoch:

- a) daß das Generalkommissariat seine Aufgabe nicht so sehr in der Wiederherstellung der alten privatkapitalistischen Konkurrenzwirtschaft als in der Ueberführung in eine auf freier gemeinwirtschaftlicher Selbstverwaltung der Interessenten beruhende, also genossenschaftliche Organisation der Volkswirtschaft sieht, und
- b) daß dabei die Interessen der breiten Massen des arbeitenden Volkes, sowohl was deren Stellung in der Produktion als Arbeiter, wie was ihre Stellung im gesellschaftlichen Verteilungsprozeß als Konsumenten betrifft, sorgsam beachtet und vollgewahrt werden. Der Verbandstag beauftragt die im Generalkommissariat mitwirkenden Genossenschaftler, in ihrem Wirkungskreis diese beiden Gesichtspunkte mit Nachdruck zur Geltung zu bringen.

Es entspinnt sich nun eine sehr lebhaft Debatten über den Ernährungsdienst und die Aufgaben der Genossenschaften, die morgen fortgesetzt wird und die wir nachtragen werden, wenn sie beendet ist.